

Landesbibliothek Oldenburg

Digitalisierung von Drucken

**Norddeutsches Volksblatt. 1887-1918
26 (1912)**

55 (6.3.1912)

[urn:nbn:de:gbv:45:1-549097](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:gbv:45:1-549097)

Norddeutsches Volksblatt

Organ für die Interessen des werktätigen Volkes.

Redaktion und Haupt-Expedition Peterstraße 20/22. Fernsprech-Anschluß Nr. 58, Amt Wilhelmshaven. — Filiale: Almenstraße 21, Fernsprecher 530.

Das Norddeutsche Volksblatt erscheint täglich mit Ausnahme der Tage nach Sonn- und gesetzlichen Feiertagen. — Abonnementspreis bei Vorauszahlung für einen Monat einschließlich Bringenlohn 75 Pfg., bei Selbstabholung von der Expedition 65 Pfg., durch die Post bezogen vierteljährlich 2,25 M., für zwei Monate 1,50 M., monatlich 75 Pfg., einschließlich Postgebühren.

— Mit —
Unterhaltungsbeilage.

Bei den Inseraten wird die festgesetzte Zeile oder deren Raum für die Inserenten in Rülfringen-Wilhelmshaven und Umgebung, sowie der Filialen mit 15 Pfennig berechnet, für sonstige auswärtige Inserenten 20 Pfennig; bei Wiederholungen entsprechender Abkatt. Günstige Abzinsen werden tags vorher erbeten. — Platzbestimmungen unentgeltlich. — Anzeigenzeit 50 Pfg.

26. Jahrgang.

Rülfringen, Mittwoch den 6. März 1912.

Nr. 55.

Wohnungsfrage und Zweckverbände.

Der Reichstagler ist so freundlich gewesen, unlängst in der Erweiterung auf die Gattrede des Genossen Dr. Frank anzuerkennen, daß die Wohnungsfrage die Bedeutung der Regierung dauernd erhebe und verdiene. Viel war das gerade nicht. Aber dem Staatssekretär Debrick muß es doch wohl immer noch zu weitgehend erschienen sein, denn der sprach sich in seiner Rede über die Sozialpolitik des Reiches geradezu gegen den Verzicht der Schaffung eines Reichswohnungsgesetzes aus und wollte die Materie der Regelung durch die Gesetzgebung der Einzelstaaten überlassen wissen. In den Einzelstaaten binwiderum wörtet man — wie etwa bei der Frage der Arbeitslosenversicherung — auf das Vorangehen des Reiches, jedoch schließlich die Zeit mit der Klammertenterei verstreicht, ohne daß überhaupt etwas geschieht. Wie wir hören, will man nun im Parlament dadurch noch einen Verzicht machen, die Reichsregierung in der Wohnungsfrage vorwärtszutreiben, daß man alle zu diesem Gegenstande gestellten Anträge einer besonderen Kommission zur Beratung überweist. Dort könnte zum wenigsten ein Wankelgänger, das die Einzelstaaten zum Erlaß eigener Wohnungsgeetze verpflichtet, unshere entworfen und dann im Plenum des Reichstages durchgedrückt werden. Den tatsächlichen Erfolg eines solchen Beschlusses, dem überdies der Bundesrat vermutlich keine Zustimmung, wenn überhaupt so erst nach langem Zögern geben würde, darf man allerdings nicht übersehen.

Die Hoffnung auf eine gründliche Besserung ebenso gefährlicher wie schwer erträglich Zustände kann daher zur Zeit nur auf den Gemeinden und Gemeindeverbänden beruhen. Wunders ist in den letzten Jahren bei den Gemeindeführungsbildern schon Bananente ein, die ihre Ausbildung in der neueren Periode des Städtebaues genossen haben. Tiefe Männer wissen, daß es nicht genügt, Reichs-, Kreis- und ein Blatt Papier zur Hand zu nehmen, um einen brauchbaren Wohnungsplan für eine menschliche Siedelung aufzustellen. Sie wissen auch, daß man eine Baupolizeiordnung nicht am Schreibtisch und besten von einem Berufs- auf 15 anderen Orten genehmigten Muster abschreiben darf.

Aber Stadtbauräte dieser Art sind noch sehr in der Minderheit. Mit Cutischen sieht man, wie dieselben Fehler des Bewusstseins und der Städteplanung immer und immer wiederholt werden, wie die Mietskalkulation, ein freches Hebel, auch auf dem flachen Lande geradezu aus dem Boden schießen. So einfache Gedanken wie die, daß man bei der Aufstellung von Wohnungsplänen einen Unterschied zwischen Verkehrs- und Wohnstraßen zu machen habe, daß man die Stroßenzüge der natürlichen Gestaltung der Gelände anschauen sollte, daß man nicht unnötig lernende, ganze liche Anlagen mitten in stille Wohnquartiere stecken, ganze Lichthäfen durch quelenende Zehnreihen und stinkende Abfußgräben umgeben machen soll — alle solche Gedanken sind einem großen Teile unserer städtischen und ländlichen Baubureaukratie auch heute noch böhmische Dörfer. Noch immer finden wir Baupolizeivorchriften, worin beinahe die gleichen Anforderungen an die Städtigkeit und Feuerficherheit auf kleine Einfamilienhäuser wie auf gewaltige fünfstöckige Mietskasernen ertrakt werden, eine Maßregel, die selbstverständlich den Bau kleiner Häuser ganz unlohend macht. Bevor wir nicht eine gründliche Anklärung der Baubureaukratie erreicht haben, wird es mit der Wohnungsfrage in Deutschland schwerlich rasch vorangehen.

Die Bureaukratie ist allerdings doch nicht die eigentliche Mutter der Hindernisse. Sie finden wir vielmehr in der Bevorratung des Hans- und Grundbesitzes in beinahe allen deutschen Gemeindeverfassungen. Mit größter Fähigkeit halten die Reaktionen an diesen Bestimmungen fest, obwohl niemand, auch sie selbst nicht, leugnen kann, daß sie für ganz andere Verhältnisse und unter anderen Voraussetzungen geschaffen wurden. Sie an sich höchst bedeutliche Uebermacht der staatlichen Verwaltung bei der Festlegung der Wohnungspläne und bei Erlaß der Baupolizeiordnungen hat sich wenigstens in den Einzelfällen als ein fege-reiches Gegengewicht gegen die Energie der Hausbesitzer-mehrheiten in den Städten erwiesen. Damit wollen wir freilich dieser Uebermacht nicht das Wort reden; es ist ein unhaltbarer Zustand, daß wie z. B. der Oberbürgermeister Kirchner in der diebühnigen Stadtsabatte der Stadtverordnetenversammlung zu Berlin sagte, ein einziger Regierungsbearbeiter, gegen dessen Entscheld es praktisch keine Einwendungen gibt, den Wert eines ländlichen Geländes durch Veränderung einer Baupolizeivorchrift mit einem Federstrich um sechs

Millionen Mark herabziehen kann. Die beispiellose Gefahr spekulativer Verführung, die sich aus solchen Verwaltungs-einrichtungen ergeben muß, sollte allein schon genügen, einer wirklichen Selbstverwaltung, nicht bloß einer als Selbstverwaltung maskierter Klassenherrschaft der Kapitalisten und Profiteure die Wege zu ebnen.

Weit davon entfernt ist man freilich in Preußen. Das zeigt sich an den neuen Gesetzen über die Zweckverbände, namentlich an dem Gesetz über den Zweckverband für Groß-Berlin. Hier, wo es sich um die Schaffung von neuen kommunalen Gebilden handelt, hätte sich Gelegenheit geboten, dem Gedanken der Selbstverwaltung eine Gasse zu bahnen. Aber wie ist es in Wirklichkeit gekommen! Bei der Beurteilung der Zweckverbandsgeetze muß man von vornherein beachten, daß sie gemacht wurden, nicht um die Selbstverwaltung zu fördern, sondern um sie zu hindern. In Groß-Berlin war die Eingemeindung großer Vorortgemeinden ebensovienig aufzuhalten, wie etwa in Rheinland und Westfalen die Zusammenfügung der mächtig aufblühenden industriellen Siedelungen oder die Vereinfachung von Stadtrechten auf einzelne über den Rabinen von Landgemeinden längst hinausgewachsene Kommunen. Das aber wollte, gleichwohl nach aus Rücksicht auf die Agrarier (denen durch das Ausschneiden großer Gemeinden aus den Kreisverbänden eine Möglichkeit gerahmt würde, andere Leute für ihre eigenen Bedürfnisse zahlen zu lassen), wie aus Feindschaft gegen starke Selbstverwaltungsförderer die Regierung verhindern. Sie erford daher den Ausweg der Zweckverbände, von denen der Groß-Berliner die größte Aufmerksamkeit erregt.

Mit liebenswerter Eiferung sucht das Gesetz für diesen Zweckverband zu verhindern, daß die Vertretung der Gemeindeführung moderner und sozialer würde, als die der Gemeindeführung. Sehen die Stadtverordnetenversammlungen in Preußen beinahe den Haus- und Grundbesitzer-vereinigungen gleich, so finden wir in der Verbandsernennung des Zweckverbandes Groß-Berlin nichts als ein Abbild der Stadtverordnetenversammlungen und der Gemeindevertretungen, verändert nur durch den agrarischen Einschlag einiger Landräte und Amtsoberste. Es genügt wohl, daß wir feststellen: in der Verbandsernennung machen die Vertreter der Sozialdemokratie genau 10 Prozent der Gesamtzahl aus, während mindestens 80 Prozent der Bevölkerung von Groß-Berlin politisch zur Sozialdemokratie zu rechnen sind! Die erste Tat der Vertretung des Verbandes, in der am 1. April d. J. seine Wirksamkeit beginnen soll, nämlich die Wahl eines Zweckverbandsdirektors, hat genau gezeigt, daß die Bodenbesitzer, die Großhändler und die agrarischen Vertreter sowie der preussische Staatsrat zusammen genommen das Pest in der Hand haben: Herr Steiniger, der Kandidat dieser Gruppe, trug den Sieg über alle anderen Bewerber davon, obwohl seine Ansichten, nach der Stimmung der Berliner, Charlottenburger und Schöneberger Stadtverordnetenversammlungen zunächst ganz gering erschienen. Ob Herr Steiniger, der ein politisch-konservativ gerichteter und sozialpolitisch sicherlich nicht sehr avancierter Mann ist, den Erwartungen der Spekulantengruppen entsprechen wird, oder ob er sein Amt von einem höheren Gesichtspunkte aus anpaßt, das muß die Zukunft lehren.

Seine Wahl ist aber ein Umstand mehr, der die Bevölkerung von Groß-Berlin treiben muß, das, was ihr an direktem Einfluß auf den Zweckverband ist, an indirektem zu erringen zu suchen. Die öffentliche Meinung muß geweckt und so stark gemacht werden, daß selbst eine rückständige Mehrheit der Verbandsernennung mit einem gleichgeordneten Verbandsdirektor ihr nicht zu widerstehen vermögen. Dorein zielt eine Bewegung ab, an deren Leitung sich neben dem früheren Staatssekretär Terntburg, dem bekannten Architekten Geheimrat Muthesius, dem Schöneberger Oberbürgermeister Dominicus aus unter Parteigenosse Dr. Südekum beteiligt hat. Sie ruft die Bevölkerung von Groß-Berlin zur lakkräftigen Unterstützung der Idee auf, weiträumige Wohnungspläne für gesunde Kleinwohnungen zu schaffen, den Ausbau des Schnellbahnnetzes mit billigen Tarifen zu fördern und leicht erreichbare Park- und Spielplätze in einem Wald- und Wiesengebiet rings um Berlin herum zu ermöglichen. Das alles sind Aufgaben des Zweckverbandes Groß-Berlin. Er hat die Schaffung der Baupolizeilinen zu überwachen, unter Umständen sogar die Wohnungspläne für das noch unbebaute Land auszuarbeiten, jedenfalls aber die Wohnungspläne der verschiedenen in ihm vereinigten Ortshäfen aufeinander abzustimmen und das mühe, regellose, verhängnisvolle Treiben der Privat-spekulation zu dämpfen; der Zweckverband soll Wähe für das Spiel der Kinder wie der Erwachsenen freihalten, darf

zu diesem Zwecke Land kaufen oder aus der Bebauung ausschneiden oder in sonstiger Weise übersteuern. Die Schaffung des Wald- und Wiesengebietes, namentlich die Erhaltung der Wälder der Umgebung von Groß-Berlin und die Freihaltung der Seener von der Bebauung ist eine Hauptaufgabe des Zweckverbandes; manche meinen sogar, der preussische Staat habe diesen Zweckverband nur gegründet, um einen leistungs-fähigen Abnehmer für seine städtischen, an sich beinahe wertlosen Wälder in der Umgebung von Berlin zu finden. Man spricht davon, daß der Staat 180 Millionen Mark aus den Gemeinden Groß-Berlins herauszupressen verfinde, nur um nicht das Verbrechen an kommenden Generationen zu begehen, auch noch die letzten Reste zusammenhängenden Waldbestandes um die Millionenstunde herum zu „erschließen“. Vielleicht noch wichtiger als die Erhaltung des Grünwaldes ist die Schaffung eines weiten in das Land hinausgehenden Schnellbahnnetzes, an dem es in Berlin vollständig mangelt. Die unerhörte Privilegierung der Großen Berliner Straßenbahn, einer rücksichtslos ihr Monopol ausnützenden Erwerbsgesellschaft, hat die Verkehrs-entwicklung der größten deutschen Stadt auf Jahrzehnte hinaus entweder ganz lahm gelegt oder auf das höchste erschwert. Wenn hier gerettet werden soll, was überhaupt noch zu retten ist, dann muß mit Einwirkung aller Kräfte gearbeitet werden. In Berlin und überall. Jede politische Partei, die nicht ausschließlich die Sonderinteressen des Bodenbesitzentums vertreten will, jede Gewerkschaft, jede Genossenschaft muß es als eine ihrer Aufgaben erkennen, dem empörenden Wohnungsstand unseres Volkes ein Ende bereiten zu helfen. Wir dürfen nicht scheuen, Augen zu öffnen, daß der Bodenbesitz und dem Wohnungsdrucker unerlegliche Güter dauernd gepflegt werden.

Politische Rundschau.

Mülfringen, 5. März.

Klassengegensätze in der Frauenbewegung.

Am Sonnabend hat der Deutsche Frauenkongress in Berlin seine Tagung geschlossen. Die auf dem Boden der Sozialdemokratie stehenden Arbeiterinnen haben sich nicht an ihm beteiligt, sondern in einer Reihe von Versammlungen am Sonntag ihren abgewandten Standpunkt öffentlich dargelegt. Doch dieses Verhalten richtig war, stellt sich jetzt nach Abschluß der Kongressarbeiten noch deutlicher heraus als zuvor. Denn wenn auch durch den Kongress, noch mehr durch die gleichzeitige Ausstellung, die den Anteil der Frau an dem gemeinsamen Schaffen veranschaulicht, manchem unverbesserlichen Viehhirten einige neue Vorstellungen beigebracht worden sein mögen, so hat doch die ganze Veranstaltung der vorgeschrittenen proletarischen Avantgarde der Frauenbewegung wenig zu sagen gehabt.

Die Rückständigkeit der bürgerlichen Frauen kam in den Verhandlungen des letzten Kongresses, an dem über die Mitarbeit der Frau in den politischen Parteien geredet wurde, zu besonders deutlichem Ausdruck. Die von Frau Minna Cauer tapfer vertretenen konsequent demokratischen Anschauungen fanden nicht den Beifall der Mehrheit. Gegenüber dem Stimmrechtsverband, der das allgemeine, gleiche, direkte Wahlrecht für beide Geschlechter forderte, behauptete die Vereinigung, die es ablehnt, sich auf das gleiche Wahlrecht festzulegen, entscheidend das Uebergewicht. Unter lebhafter Zustimmung der versammelten Damen, ohne daß sich ein merklicher Widerstand hervorbot, konnte z. B. Frau L. Fischer den schönen Ruch ausprechen, daß man „die Agraten von Menschenrechten und Gerechtigkeit, die dem 18. Jahrhundert angehörten, endlich einmal begraben“ möge. Solche Redensarten, wie der Schärferperiode des 19. Jahrhunderts, Redensarten, die man sie sonst eher von einem Alexander Tille oder einem S. A. Wueck zu hören gewohnt ist, machen sich im Munde von Frauen besonders gut! Sind doch die geistigen Urheber der neuen „moralischen“, jeder „Humanitätsdusel“ abgewandten politischen Richtung gerade die wütendsten Gegner jeder Frauenbewegung, stets geneigt, ihren „Herrenstandpunkt“ nicht nur den Arbeitern, sondern auch den Frauen gegenüber zu vertreten.

Gäßen sich die proletarischen Frauen an der Veranstaltung der Damen beteiligt, so hätten klärende Zusammenkünfte nicht ausbleiben können. Das hätte nun freilich nicht geschadet, wenigstens nicht der proletarischen Frauenbewegung. Auf der andern Seite aber hat sich doch auch wieder gezeigt, daß bürgerliche Massen, mögen sie nun männlichen oder weiblichen Geschlechtes sein, den Forderungen des Proletariats immer verständnislos gegenüberstehen. Eine sozialdemokratische Rednerin wäre in dem herrlich geschmückten Saal des Frauenkongresses mit feinen

kräftigen Toiletten mehr noch als Frau Minna Gauer eine Predigerin in der Wüste geliebten. Auch vor der Frauenbewegung macht der Klaffgegensatz nicht Halt.

Deutsches Reich.

Der Rudolstädter Landtag aufgelöst. Der Regierung in Schwarzburg-Rudolstadt liegt anscheinend nichts an einem aus handhastigen Abgeordneten zusammengesetzten Landtag; sie wünscht wie die Regierungen anderer Staaten eine bedingungslose Tagesamalgamierung. Aus diesem Grunde hat sie gestern den Landtag aufgelöst. Vorher hatte, wie wir einem Telegramm der „West-Zeitung“ entnehmen, der Landtag eine von der Regierung eingebrachte, die werdtätige Bevölkerung nicht befriedigende Abänderung des Wahlgesetzes abgelehnt.

Einer den Volksinteressen verständnislos gegenüberstehenden Regierung macht eine Landtagsauseinanderjagung nicht viel Lust. Und sehr oft ist es von ihrem Standpunkt gesehen, besser, wenn ein wildes Chaos im Lande herrscht, als ein ruhiges parlamentarisches Arbeiten, an dem sie sich schließlich auch beteiligen muß. Hoffentlich gelingt es der arbeitenden Bevölkerung bei den Neuwahlen, der Regierung dieses Antiaurländchens wirkungsvoll den Volkswillen zu demonstrieren und ihr in der nächsten Zukunft die Wege zu düstern, die sie im Interesse des Landes zu wandeln hat.

Aus dem preussischen Abgeordnetenhaus. Das Abgeordnetenhaus begann am Montag die Beratung des Vergrößerungs-Gesetzes. In der Generaldebatte spielte naturgemäß die augenblickliche Bewegung im Ruhrrevier eine große Rolle. Abg. Brull vom Centrum, Vorstandsmittglied des Christlichen Bergarbeiterverbandes, der bekanntlich mit den übrigen Verbänden nicht gemeinsam vorging, mußte zugeben, daß die Löhne im Ruhrrevier niedrig sind und daß ohne eine Lohnerhöhung ein Streik wohl kaum vermieden werden könne. Allerdings konnte er nicht unterlassen, bei dieser Gelegenheit dem alten Verbandsführer einen Stich zu verlesen, indem er erklärte, daß im Ruhrrevier nur durch das bekannte Verhalten des Christlichen Verbandes bisher ein Streik verhindert und daß die Sozialdemokraten jede Bewegung der Arbeiter auf Verherrlichung parteipolitisch zur Niederringung des Christlichen Verbandes auszunutzen suchten. Am erwiderte in sehr geschickter Weise Gen. Reiner, der, nachdem er die Lage der Bergarbeiter und des Bergbaues im allgemeinen besprochen hatte, auf die Forderungen der Arbeiter im Ruhrrevier einging und deren Befriedigung nachwies. Am Schluß seiner Rede forderte Reiner die Regierung auf, ihre Stellung zu präzisieren und sich dem gewalttätigen Vorgehen der Grubenbarone, die schon oft großes Unheil durch die rücksichtslose Anwendung ihrer Macht angerichtet haben, entgegenzustellen. Der Handelsminister Schwob ging einer offenen Stellungnahme aus dem Wege. Natürlich ließ er seinen Zweifel darüber aufkommen, daß er im Grunde seines Herzens mit den Unternehmern sympathisiert, mochte es aber doch nicht offen, sich auf ihre Seite zu stellen und gab der Hoffnung Ausdruck, daß es durch Besonnenheit auf beiden Seiten gelingen werde, den Streik zu vermeiden. Was er unter Besonnenheit versteht, geht daraus hervor, daß er den Christlichen Verband als besonnen hinstellt. Für das Verhalten der Grubenbarone legte sich in ungewöhnlicher Weise der nationalliberale Abg. Hirsch-Effen, der bekannte Oberkassener, ins Zeug; er trat sogar schärfer auf als die Redner der Konservativen.

Bundesrat und Kartoffelzoll. Gegen die „Deutsche Tageszeitung“ wendet sich die „Norddeutsche Allgemeine Ztg.“, um den Nachweis zu führen, daß der Bundesrat durch seinen Beschluß, für verpödetkartoffelstellungen alter Ernte keinen Zollsoll zu erheben, keineswegs, wie das Agrarierblatt behauptet, seine Kompetenzen überschritten habe. Da der Bundesrat in diesem Fall zweifellos nur nach den Wünschen der überwiegenden Volksmehrheit gehandelt hat und ebenso auch im Reichstag bequiem eine Mehrheit zur Bestätigung seiner Maßnahmen finden könnte, tritt die formalrechtliche Frage der Kompetenz für uns in den Hintergrund. Will die Rechte im Reichstag eine Abkündigung herbeiführen, so ist dagegen natürlich nicht das mindeste einzuwenden. Vielleicht ist ihr die von ihr so lebhaft bekämpfte Aenderung der Geschäftsordnung bald die Gelegenheit dazu. Das Interessanteste an der Sache ist, daß die Herren der Rechten jetzt auf einmal, da ihnen eine Verfügung des Bundesrats wider den Streich geht, auf die Wahrung der Reichstagsrechte so ängstlich bedacht sind. Würde der Bundesrat das Reichstagswahlrecht für aufgehoben erklären, den Verlogszustand verkünden oder einen Krieg anfangen, so würden sie der völligen Lobpreisung des parlamentarischen Einflusses begeistert zustimmen. Aber wenn es um eine Mark Kartoffelzoll geht, rufen sie nach den Rechten des Reichstages!

Warum die Junker fliegen. Dem Reichstage liegen auch vier Wahlproteste aus Bayern vor. In allen Fällen handelt es sich um konservative Mandate, die beanstandet werden. Nach den Begründungen zu urteilen, die den Protesten beigegeben sind, ist es recht einleuchtend, warum die Junker bei der letzten Reichstagswahl fliegen mußten. So waren u. a. die Wählerlisten überhaupt nicht oder nicht den gesetzlichen Vorschriften entsprechend angelegt; das Abschreiben wurde unterbrochen; Wahlbezirke von 13, 14 und 15 Wählern waren durchaus keine Seitenstücke; in vielen Orten fehlten die Wahlzellen ganz, in anderen waren sie so beschaffen, daß der Wähler genau beobachtet werden konnte. Außerdem wurden besondere Listen geführt, um bei der Auszählung der Stimmen ohne Zweifel feststellen zu können, wie ein jeder gewählt hat. Dielem Zweck entsprechend waren auch die Wahlurnen eingerichtet. In Bayern diente als Wahlurne eine kleine hölzerne Kiste mit Schloßdeckel, die so klein war, daß sie zwischen 5 und 7 Uhr nachmittags zweimal geöffnet wurde, um für die weiteren Wahlverfahren Platz zu lassen. In Bayern bestand die Wahlurne aus einem unverschlossenen Pappkarton. Das Schloß wurde wohl in Württemberg geleistet. In diesem Orte wählte auch der Reich-

barot König. Um nun aber eine genauere Kontrolle zu haben, stellte man im Wahllokal zwei Jock Urnen auf, die eine für die Wählerkarte, die andere für die Wähler aus König. Für Württemberg diente ein Steinloß und für König eine Terrine als Wahlurne. Daß man andersdenkende Wähler, nachdem man sich hiervon durch Öffnen des Wahllochs vergewissert hatte, einfach an der Abstimmung hinderte, Bestechungen vornahm, Schwab und Bier in Strömen fließen ließ und a. m. dürfte bekannt sein.

Nationalliberales Votendum. Der nationalliberale Abgeordnete Marguardt, im Zivilischen Direktor des Verbandes deutscher Handlungsgehilfen zu Leipzig, hat den schärflichen Verdacht von sich abgewandt, daß er bei der Präsidentenwahl zu etwas wie liberales Rückgrat bewiesen habe. Auf Anfrage eines Freundes des konservativen „Reichsboten“ hat er versichert, daß er weder für Webel noch für Scheidemann gestimmt habe. Der Verband deutscher Handlungsgehilfen behauptet von sich, daß er eine konsequente Angestelltenpolitik vertritt. Sein Direktor will der Partei, die die Interessen aller Arbeitnehmer am nachdrücklichsten wahrnimmt, einen Platz in der Leitung des Parlaments nicht weichen. Er hat, wie er in kühnlichen Worten und kritischen schon wiederholt betont hat, als Vertreter des Wartungs-streikes ganz besonders „nationale“ Pflichten übernommen.

Die Fabrikinspektion in Sachsen beschäftigte am Montag den sächsischen Landtag. Drei liberale Redner traten dafür ein, daß ein weiterer Ausbau der Gewerbe-Inspektion durch Singziehung von Kontrollkreisen aus dem Arbeiterstande vermieden werden müsse. Seine Meinung forderte die Anstellung eines Landesgewerbeorgans. Dieser Antrag wurde einer Kommission überwiesen. Die sozialdemokratischen Abg. Geld und Linde übten dann scharfe Kritik an den Wängeln, die die Gewerbe-Inspektion gegenwärtig aufweist.

Das Ende der pommerischen Landratswahlmacht? Der Landrat v. Walsbahn im pommerischen Kreise Grimmen, der nicht nur durch den Prozeß des Rittergutsbesizers Weder, sondern auch durch den Wählerlaß an die Guts- und Gemeindevorsteher seines Kreises Aufsehen erregte, in dem er aufordnete, „dabin zu wirken, daß nur solche Volksvertreter in den Reichstag entsandt werden, die den Kampf gegen die Unsturzpartei mit aller Kraft im Verein mit der Agl. Staatsregierung aufzunehmen und durchzuführen Willens sind“ — scheint als Landrat ausgespielt zu haben. Nach einer Meldung des „Lageblattes für Vorpommern“ von angeblich zuverlässiger Seite ist die Aufhebung des so gewaltigen Herrn zum 1. April beflimmt vorgehen und als sein Nachfolger wurde Herr v. Stumpffeld ernannt.

Wir vermuten, der Herr v. Walsbahn wird, wie einst die Konarrefellen, mit seiner staatsbehaltenden Gesinnung die Treppe hinauffallen. Es wird in der Notiz auch nicht gefaßt, daß dieser preussische Junker aus dem Staatsdienst scheidet.

Die Wettbewerbskraft vor Gericht. In Friedrichsthal (Saar) hatte der Steiger Schwab als Gemeinderatsmitglied in einer Gemeinderatsitzung kritisiert, daß der Gemeindevorsteher als Schwägerohn eines von der Stadt beschäftigten Unternehmers dessen häßliche Arbeiten überwachen müßte und dabei die Interessen der Gemeinde nicht wahrnehmen könne. Der Bürgermeister und der Wammeister fühlten sich beleidigt und stellten Strafklagen. Außerdem wurde gegen Schwab bei der Königl. Bergwerksdirektion ein Verfahren anhängig gemacht. Das Schöffengericht in Friedrichsthal sprach den unbescholtenen Kritiker frei, da es nicht nur das Recht, sondern die Pflicht jedes Gemeindevorsetzers sei, solche Zustände mit aller Schärfe zu kritisieren.

Dänemark.

Die Streiks in Dänemark. Das staatliche statistische Bureau in Dänemark führt seit dem Jahre 1897 eine fortlaufende Statistik über die Streiks und Ausperrungen in diesem Lande. Diese Statistik erstreckt sich namentlich über 15 Jahre, und einige Hauptziffern sind nicht ohne Interesse. Demnach sind während der Jahre 1897—1910 1238 Arbeitseinstellungen festgelegt worden, auf jeden 4. Tag entfällt eine Arbeitseinstellung. Die Zahl der verlorenen Arbeitstage beträgt 4,9 Millionen, wovon jedoch 2,7 Millionen auf die große Ausperrung von Jahre 1898 entfallen. Für die übrigen 13 Jahre würden demnach jährlich 150 000 bis 200 000 Arbeitstage durch Arbeitseinstellungen verloren gegangen sein oder pro Jahr und Industriearbeiter kaum ein verlornen Arbeitstag. Von den 18—19 Millionen Kronen verlorenen Arbeitslohnes entfallen auf die Generalausperrung von 1898 nicht weniger als 12 Millionen, so daß auf die übrigen Jahre im Durchschnitt 1/2 Million Kronen entfallen. In der Zeitschrift für Arbeiterversicherung wird berechnet, daß die Generalstreiks ihren Mitgliedern durch die Streikunterstützung diesen Verlust zum größten Teil ausgeglichen haben; von einhalb bis vier Fünftel des Verlustes soll durch die Streikunterstützung gedeckt worden sein.

China.

Vorrichtung der Soldatenerbe. Seit Jüanichai sich seinen Job abschneiden ließ, hat er in den Augen seiner Landsleute an Autorität verloren. Seine eigenen Soldaten, die ihm als ihrem republikanischen Vorgesetzten unterstehen und die vorher die Reihen der Aufständischen füllten, meuterten. Wenn es gestern den Augen fiel, als ob die Revolte in Peking nur von untergeordneter Bedeutung war, etwa 60 Millionen Mark Brandstaben seine Aileinigkeit und so gewinnt man heute den Eindruck, daß doch stärkere Triebkräfte in der traurigen Sache agieren. Es ist kein Geld da, um den Soldaten den künftigen Sold auszugeben. — In diesen wichtigen Worten liegt der Sinn der jetzigen Vorgänge. Bereits in unserer Countagnummer teilten wir mit, daß zwischen der Regierung und europäischen Geldinstituten zweis einer niedrigen Anleihe Verhandlungen geflogen würden, aber die Frage ist immer noch nicht geregelt. Aus Peking wird gemeldet, daß von Peking und andern Plätzen mangelnde bringende Depeschen anlangen, in denen von

den Kommandeuren der republikanischen Truppen Geld verlangt wird, um die Röhnung auszugeben. Zunächst hat an Jüanichai telegraphiert, daß vierhundert Pfund Sterling sofort in Kanton sein müssen, wo ungefähr 100 000 Mann vereinigt sind. Eine solche Summe ist aber schwer aus zutreiben, denn der Staatsschatz in Peking ist leer. Es ist also kein großes Wunder, daß sich die Soldaten durch die Ergebnisse von Plünderungen und Plünderungen, die in der ver-

gangenen Woche von mehreren Soldaten in Peking verübt worden sind, haben sich auf andere chinesische Städte ausgebreitet. Am größten haben es die Meuterei in Tientsin getrieben, wo sich eine starke deutsche Niederlassung befindet. Dort ist ein deutscher Arzt Dr. Schärer von den Aufständischen erschossen worden. Der Brand in der Eingeborenenstadt von Tientsin begann am Sonnabendabend um 10 Uhr und war gestern früh 8 Uhr auf seinen Höhepunkt gelangt. Die Häuser und die vornehmlichen Stadtviertel sind niedergebrannt und ausgeplündert worden. Der Schaden wird auf 100 Millionen Lire geschätzt. Es sollen ungefähr 100 Menschen in demselben sein. Die Fremdenniederlassungen werden von 1000 ausländischen Soldaten bewacht.

Ueber die Lage in der Hauptstadt wird gemeldet: Die Haltung der chinesischen Truppen und der Polizei in Peking bessert sich erheblich, aber die Plünderereien, an denen auch Zivilpersonen beteiligt sind, dauern fort. Gestern nahmen die Aufständischen Langshui bei Peking in Besitz und plünderten die Häuser vieler Edelleute. Die umliegenden Ortlichkeiten mußten deshalb besetzt werden. Die Beistümer einiger Bräuen in Peking sind ebenfalls geplündert worden. Bring Tisch befindet sich schwerkrank im französischen Hospital in Peking. Im Laufe des Sonntags wurden über 100 Hinrichtungen vollzogen. Unter den Hingerichteten befanden sich sechs Frauen und viele Polizeibeamte. Soldaten in Uniform sind jedoch nicht hingerichtet worden, da die Behörden auch die anderen Soldaten, die eigentlich alle irgendwie am Aufstande beteiligt sind, aufzuregen befürchten. Die Leiden der Entkauerten liegen noch in den Straßen. Bei den letzten Feuerbräuen sind im ganzen 200 Personen um Leben gekommen. Die Chinesen sehen dieser ganzen Wendung besorgt entgegen. Die Ausländer glauben an eine Befreiung der Lage.

Am 2. März war mobilisierte eine Abteilung Artillerie mit Musik zum Palaste des Herzogs Kwei, des Vaters der Kaiserinwitwe, befohlen und bestürmte das Tor, plünderte und brannte einen Teil des Palastes nieder. Die Truppen des Herzogs hatten sich am Tage zuvor an der Plünderung beteiligt, aber nun kämpften sie gegen die Plünderer. Es scheint, daß die ganze Nordarmee mit der Meuterei einverstanden war, da sie glaubte, die Ankunft der Delegierten aus Kanton bedeute ihre Entlassung.

Die Mission des Auslands. Es ist selbstverständlich, daß nach Lage der Dinge die ausländischen Truppen einmarschieren müßten. In Peking durchziehen die fremden Beobachtungstrupps die Stadt, um die Bevölkerung beruhigen. Aus Tientsin sind 200 amerikanische Soldaten nach Peking beordert worden. 50 000 japanische Soldaten haben Befehl erhalten, von Fort Arthur nach Tientsin zu marschieren, wo jetzt nur 1500 fremde Truppen sich befinden. In Tientsin sind jetzt alle fremden Kontingente und Freiwilligenkorps mobilisiert und die deutschen Truppen von der Bahn Schanghai-Tientsin-Peking zurückgezogen worden. Alle Konsuln verlangen von ihren Regierungen Verstärkungen. Die Japaner befehlen heute morgen die Chinesenstadt von Tientsin. Die in Peking weilenden Delegierten aus Kanton haben eine Deputation ernannt, die sich nach Kanton begeben soll, um dort die Ansichten der fremden Mächte bekanntzugeben.

In Schanghai eingegangene Meldungen von verschiedenen Seiten lassen angeblich auf große Unruhen und Meutereien unter den revolutionären Truppen schließen, namentlich in den Provinzen Szechuan, Nordanhui und Szechuan. Einzelheiten fehlen noch.

Einsetzung deutscher Kanonenboote. Von deutscher Seite werden jetzt Kriegsschiffe aus den südlichen Gewässern nach dem Reichsloß, der Tazurede und der Beibehaltung entandt werden, um die deutschen Seehäfen und die Reichsinteressen zu schützen. Die kleinen deutschen Kanonenboote sind infolge ihres geringen Tiefganges in der Lage, den Weich bei Tientsin hinauf zu dampfen, wie sie das früher oftmals getan haben. Der Schanghai erndeit der Schatz durch das Kanonenboot gefordert, da in den Häfen mehrere Schiffe gegenwärtig anker und sich weitere Streitkräfte in nahen Kanton befinden. Der Chef des Kanonenbootes, Viceadmiral v. Stroß, wird jetzt wieder seine Anwesenheit und Tätigkeit nach dem Norden der chinesischen Gewässer verlegen müssen, nachdem er die letzten Wochen über Aufenthalt in dem süblichen Gongkong genommen hat, von wo beunruhigende Meldungen nicht verliegen.

Aleine politische Nachrichten. In zwei eish-löthringischen Landtagswahlkreisen, in welchen die Weibchen für unglücklich erklärt wurden, sind am Sonntag die Zentrumskandidaten wiedergewählt worden. Sie erhielten jetzt in beiden Fällen eine erhebliche Majorität. — Der Arbeiterverband des Saale-Bezirks hat für den 9. März die Generalausperrung beschlossen. Die Verleschungsverhandlungen am Donnerstag sind nicht statt. — Die britische Kommissarität hat beschlossen, 20 neue Torpedoboote auf Stapel zu legen. Diese sollen in dem Finanzprogramm des kommenden Staatsjahres, das am 1. April beginnt, einbezahlt sein. — In Paris sprach die Witwe des ehemaligen Präsidenten der französischen Republik Calixte Perier. — In republikanischen Abgeordnetenwahlkreisen am Donnerstag sind vielen Karikaturen die technische Obstruktion fort. — Die russische Reichsversammlung hat mit 186 gegen 53 Stimmen den Antrag, die Sandzucker- und Raffinadersteuer um je 75 Kopelen zu erniedrigen, angenommen. — Admiral Nudb, der Oberbefehlshaber der italienischen Streitkräfte ist Montag nachmittag an Bord des Kanonenbootes „Maurio Guaspari“ einem sehr Krankeitsfall erlegen. — In Norwegen verursacht der englische Bergarbeiterstreik bereits Störungen in der Anfuhr.

Auf Erlassen der kaiserlichen Regierung sind nunmehr die Italiener aus dem Albanen ausgewiesen worden. — Dem Ratine wird gerichtlich aus Rom gemeldet, daß die Vollstreckung der fünf Großmächte in der Angelegenheit der Friedensvermittlung gestiftet den ersten amtlichen Schritt beim italienischen Ministerium des Reiches unternehmen haben. — Die sozialistische italienische Partei hat beschlossen, einen außerordentlichen Parteitag einzuberufen.

Gewerkschaftliches.

Die Unternehmer im Holzgewerbe nach dem Vertragsabschluss. Im Holzgewerbe zu Schönlanke bereitet sich ein Kampf vor, dessen Konsequenzen den dortigen Unternehmern nach mehr als einer Seite hin zu denken geben dürften. Dieser Ort gehörte mit zu der Vertragsrie, die vor kurzem durch Verhandlungen der beiderseitigen Zentralvorstände und der zentralen Schiedskommission auf friedlichem Wege zur Vereinbarung neuer vierjähriger Verträge gelangte. Bekanntlich war in fast keinem dieser Orte eine Einigung der Parteien zu erzielen gewesen, so daß die endgültige Entscheidung der zentralen Schiedskommission übertragen wurde. Die Organisationen beider Parteien stellten sich ohne Vorbehalt auf den Standpunkt, daß diese Schiedsentscheidung bindend sei, so daß die Zentralvorstände, als auch für die Ortsparteien kein sollten. Demgemäß haben nun auch die Arbeiter in allen Orten sich dem Schiedsbescheid gefügt, während die Disziplin im Unternehmerlager wieder mal arg nachinkt. Als jetzt schon nach die Orte aus, in denen die Unternehmer den Schiedsbescheid ablehnen. Alle Vorstellungen ihrer eigenen Zeitung schlugen sie in den Wind, die Konsequenzen einer derartigen unolidarischen und unverhältnismäßigen Haltung sind ihnen in eingehender Weise vor Augen geführt worden, aber sie sind und bleiben halsstarrig und wollen auch event. ohne Unterbrechung ihrer Organisation den Kampf mit dem Holzgewerbetreibenden aufnehmen. Der Holzgewerbetreibende aber sieht sich aus den verschiedensten Gründen vor die Notwendigkeit gestellt, den gestellten Schiedsbescheid Geltung zu verschaffen, und wenn es deshalb zu erbitterten und langwierigen Kämpfen kommt, so haben einzig und allein die widerwärtigen Unternehmer hieran die Schuld. In Schönlanke ist bereits am letzten Sonntag von den Arbeitern die Kündigung zum 2. März ausgesprochen worden, hiezu die Unternehmer bis dahin den Schiedsbescheid nicht anerkannt hatten. Auch in diesem Falle hielten es die Ortsparteien beider Organisationen für ihre Pflicht, die die Ortsparteien verbindlich einzugreifen, um eine friedliche Verständigung herbeizuführen. Daß diese nur auf der Grundlage des Schiedsbescheides möglich sein würde, war von vornherein für beide klar. In diesem Sinne wurden die Verhandlungen am Orte aufgenommen, doch leider haben sie zu keinem Ergebnis geführt. Die Unternehmer erklärten strikte und in aller Form, daß sie den Schiedsbescheid nicht anerkennen würden. Damit waren die Verhandlungen als gescheitert anzusehen. Es wird jetzt der offene Kampf entzünden müssen.

Sokales.

Müstringen, 4. März.

Welche Agitationsverfahren.

In nicht allzu ferner Zeit finden auf der Kaiserl. Werft wieder die Erklärungen zum Arbeiterausschuß statt und diese Tatsache ruft jetzt schon die sogenannten „nationalen“ Arbeiterkreise auf den Plan, um für ihre Ideen der gewöhnlichen Arbeiterpartei-Propaganda entgegenzutreten zu treten. Am Freitag voriger Woche ging ein Flugblatt zu diesem Zweck an die Öffentlichkeit, als dessen Herausgeber und geistiger Vater sich der „nationale“ Arbeitersekretär P. Krosche in Wilhelmshaven bezeichnet. Das ist ein bezeichnendes Symptom, denn bis vor kurzem erschienen die selben Pamphlete immer ohne Angabe der Verantwortlichkeit und sogar auch ohne Druckfirma. Ein Verfahren, das übrigens geistlich unzulässig ist, und um das sich merkwürdigerweise in diesem Falle je doch weder die Polizei noch die Staatsanwaltschaft gekümmert hat, deren Unwertigkeit sonst in solchen Angelegenheiten, sobald es sich um Druckschriften der modernen organisierten Arbeiterpartei handelt, immer als durchaus scharf bezeichnet werden kann.

Wer aber glaubt, daß der für das Flugblatt verantwortliche zeichnende irgend etwas neues und vor allen Dingen irgend etwas Sachliches zu schreiben in der Lage ist, täuscht sich ganz gewaltig. Seine Feder reproduziert vielmehr nur in neuer Auflage das alte schmierige Bild der beweislosen Verächtlichkeit und der niederträchtigen Verleumdung. Aus diesem Grunde wäre es auch Zeitvergeuden und Raumverschwendung, wollten wir uns mit dem gestellten Geschreibsel in aller Ausführlichkeit auseinandersetzen. Wie unzählige Male ist der Werftarbeiterstand von gelber Seite aus nicht schon der Arbeiterausschuß in seiner gegenwärtigen Befassung als für die Vertretung von Arbeiterinteressen unfähig und ungeeignet hingestellt worden? Wie oft wurden seine Mitglieder nicht ob ihrer polit. u. gewerkl. Ueberzeugung verunglimpft und demüthigt? Wie häufig wurden sie nicht schon von diesen das Kennzeichen der Arbeiterverrätherie auf der Stirn tragenden Gefellen in demagogischer Weise für das unfähige Verhalten der Werftbehörden verantwortlich gemacht? Nimmer aber ist man die Beweise schuldig geblieben, für das, was man behauptete. Und auch dieses neue Papier, macht den früheren gegenüber keine Ausnahme.

Eine lausliche Lüge ist die Behauptung, daß die Arbeiterausschußmitglieder „von Partei und Gewerkschaft angeheult und gewöhnt“ worden seien. Das ist eine Unwahrheit wider besseres Wissen. Der Verfasser der samoben Flugblätter weiß ganz genau, daß sich keine Gewerkschaft — und am allerwenigsten der Deutsche Metallarbeiterverband — von der sozialdemokratischen Partei in ihre irdischen Angelegenheiten hineinreden läßt. Er weiß auch weiter, daß die sozialdemokratische Partei keine Handhabe besitzt, auf den Arbeiterausschuß einzuwirken und daß in einem Arbeiterausschuß der Kaiserl. Werft für die Vermittlung politischer Ideen kein Raum ist, sondern nur äußerlich reale Dinge zur Erörterung kommen. In diesen Angelegenheiten aber haben ge-

rade die gegenwärtigen Ausschußmitglieder voll und ganz ihre Pflicht und ihre Schuldigkeit getan. Daß sich der Arbeiterausschuß über trotz aller Schürereien und Seumelereien der „Nationalen“ nicht zu gewissen Repräsentationen und dergleichen prostituieren, wird ihm allgemein nur hoch angezählt werden. Wenn die Wünsche und Forderungen der Arbeiterpartei nicht in dem nötigen Maße Berücksichtigung fanden, dann lag die Schuld lieber nicht am Arbeiterausschuß, sondern an der Werftbehörde und an den Seiten, die immer in dem Augenblick einen Teil in die Arbeitermassen treiben, wo lächerliche Geistesfreiheit am bittersten Not tut.

Das wissen glücklicherweise die Werftarbeiter in ihrer überwältigenden Mehrheit — und wählen sie es nicht, könnte es ihnen alle Tage erneut bewiesen werden — sehr genau, und deshalb werden sie am Tage der Arbeiterausschußwahl auf dem Posten sein, um eine gelbe Verleumdung des Werftarbeiterstandes zu verhindern. Alle Wochenschriften der „nationalen“ Arbeiterpartei und ihrer einflussreichen Propagatoren in gewissen Kreisen werden daran nichts zu ändern vermögen!

Das Schöffengericht Müstringen verhandelte heute vormittag gegen den Patent- und Musterfabrikverwertungsbesitzer der Nummer von hier. Der Angeklagte ist im vorigen Herbst vom Militär losgekommen und hat sich dann hier Landwehrstrafe niedergelassen und einen einträglichen Schwindel in Szene gesetzt. Den Inhabern von Patenten und Musterfabriken schwindelte er vor, es seien ihm von einem Schriftsteller namens Waldmann zur Verwertung von Erfindungen 20000 Mark zur Verfügung gestellt worden, desgleichen erkaufte eine Zeitschrift unter dem Titel „Waldmanns Hilfe“, in der ebenfalls die Interessen der Erfinder nachgetragen werden sollten. Natürlich existierten sowohl die 20000 Mark als auch die erwähnte Zeitschrift nur in der Fantasie des Angeklagten. Sie bildeten gemissermaßen den Köder, auf den seine Opfer hereinfielen. Die Erfinder waren den Behauptungen des Mannes gegenüber ziemlich leichtgläubig und sandten in den meisten Fällen nicht nur die Modelle, sondern auch die verlangten Geldbeträge. Um die letzteren nur es dem Angeklagten so zu tun; die eingegangenen Modelle stapelte er einfach im Keller auf und kümmerte sich dann nicht mehr weiter um sie. Als einige der Besessenen miträuschlich wurden, verstand es der Angeklagte, sie durch wohlthätig gehaltene Briefe zu beschwichtigen, in denen er angab, daß es ja sicher viel Schwindel in der Welt gäbe, aber sein Unternehmen sei durch und durch „ehrlich“. Nebenbei betrieb er auch noch einen Darlehensschwindel, auf den aber glücklicherweise nur zwei Personen hereingefallen sind. Im ganzen erfindete er von den leichtgläubigen Erfindern einen Gesamtbetrag von 140000 M. Endlich erkaufte den geriffenen Gauner aber sein Schicksal und seine Verhaftung sowie die folgende Untersuchung machten dem unehrlichen Treiben ein Ende. In der heutigen Verhandlung gibt er die Straftaten zu, behauptet aber, daß ihm die Not zu den Gaunereien getrieben habe. Es sei seine Absicht gewesen, das alles zu halten, was er den Erfindern versprochen, leider wäre ihm das nicht gelungen. Zum Schluß brachte er es auch noch fertig, zu behaupten, daß eigentlich er der Beschwindelte und Betrogene sei. Nähere Erläuterungen darüber vermag er leider nicht zu geben, weswegen das Gericht seine Angaben billig bezweifeln muß. Der Amtsanwalt beantragt, den Angeklagten in jedem einzelnen der 13 Fälle in eine Gefängnisstrafe von 14 Tagen zu nehmen und die Strafe zusammenzusetzen in eine Gesamtstrafe von 4 Monaten. Das Gericht läßt sich dem Antrag des Amtsanwalts an und verurteilt scharf die Handlungswelt des Angeklagten, der darauf ansäug, in Not befindliche Leute empfindlich scharf zu schädigen. Die Untersuchungshaft wurde angedroht.

Eine schwere Missethat wurde gestern abend gegen 6 Uhr in der Schmidstraße im Stadtteil Deyens verübt. Der Arbeiter Wüder und der Arbeiter Wehrens gerieten wegen Hohnbolgereien zwischen ihren Sündern miteinander in Streit. In dem Verlaufe dieses Streits kamen dem Wehrens sein Vater sowie sein Bruder zu Hilfe und alle drei drangen auf Wüder ein, der sich seinerseits gegen die Angreifer zur Wehr setzte. Die Frau des Wüder sah von dem Fenster ihrer Wohnung aus der entzündeten Zählgeröl zu. Als sie sah, daß der alte Wehrens ein offenes Messer zog, rief sie ihrem Mann eine Warnung zu und eilte rasch hinunter auf die Straße. Unten angekommen, sah ihr ihr Mann bereits mit einer Stichwunde im Leib entgehen. In seiner Wohnung brach Wüder zusammen und starb nachts gegen 11½ Uhr trotz ärztlicher Hilfe an den Folgen der erlittenen Stichwunde. Vor seinem Tode bezeichnete er bei der noch vorgenommenen Vernehmung des Zimmermanns Wehrens, den Vater dessen, mit dem er ursprünglich den Streit hatte, als den Messerstecher. Der Verdächtige bestritt die Tat. Als der Tat bringend verdächtig, wurde er aber in Haft genommen. Der Verstorbenen ist 32 Jahre alt und hinterläßt eine Witwe und drei noch unersorgenen Kindern, von denen das älteste demnächst schulpflichtig wird.

Durch den Polizeieinsatz gelang es der hiesigen Gendarmerie gestern zwei Spürhunden dingfest zu machen. Die beiden hatten in Dylshausen in einer Gastwirtschaft einen Einbruch verübt und außer der Kasse auch einige Flaschen herausgehender Getränke mitgenommen. Der Wirtswärter hatte letzte auf die Spur der Diebe seinen Polizeieinsatz und beschuldigte die hiesige Gendarmerieaktion, welche sofort zwei Beamte entsandte. Nach einer längeren Jagd konnten erst einen der beiden und hielt diesen dann fest bis die Beamten heran waren. Unterdessen hatte der andere allein weiter geflüchtet. Der Hund führte ihn aber auch in kurzer Zeit in einem Gehäusen auf.

Aus dem Lande.

Oldenburg, 5. März.

Ein Wempe-Vortrag findet am Mittwoch, den 6. März, abends 8½ Uhr, in der Kongresshalle statt. Vortragsthema: Der Kinematograph im Dienste der Wissenschaft.

Osternburg, 5. März.

Die nächste Ortsauschussung findet am Donnerstag, abends 7 Uhr, bei Frohns mit folgender Tagesordnung statt. 1. Kündigung des Tarifvertrages zwischen der Gemeinde und dem Staats- und Gemeindearbeiterverband. 2. Elektrische Anlage betr. 3. Verlängerung der Kanalisation an der Schützenhöf, und bessere Beleuchtung derselben. 4. Vorbereitung der Landwehr. 5. Bekämpfung der Blutlaus. 6. Verschickens!

Aus aller Welt.

Aus Bäterchens Reich. Aus Warschau wird gemeldet: In dem Broch wegen der Zugehörigkeit zur polnischen sozialdemokratischen Partei der Stadt Radom wurden fünf- undzwanzig Personen zu Zwangsarbeit auf die Dauer von zwei bis acht Jahren, dreißig und zwanzig zur Verbannung nach Sibirien verurteilt. Nur zwei Angeklagte wurden freigesprochen.

Ein Eisenbahnräuber. Ein gefährlicher Stadtbahnräuber in der Perion des Währigen Unfallalterses Sedwig stieg auf der Station Wedding-Berlin zu einem Schlafwagen in ein Abteil 3. Klasse und fuhr mit ihm nach Weizensee zu. Als der Reisende bei dem Verlaufe, ihn zu betrauben, erzwachte, verpackte ihm Sedwig mit einer metallenen Stoffsacke etwa 20 Schläge auf den Kopf, bis er niederfiel. Auf dem Bahnhof Weizensee verurteilte der Feldherr mit der von ihm inszenierten gemachten Versteigung zu entkommen. Dadurch fiel er den Stationsbeamten auf, die ihn festnahmen und der Polizei übergaben. Drei Portemonnaies, ein halbes Dutzend Straßenbahnabonnements, mehrere Arbeiterfahrkarten sowie sonstige Sachen wurden bei ihm gefunden.

Keine Tageschronik. Durch eine Revolution der vorgeschten Behörden beim Hauer Glotzowich im oberhiesigen Barock Kalkarienberg wurde ein Fehlbetrag von 14000 Mark festgestellt. Glotzowich ist am 2. März nach der Schweiz abgereist. — Der Augenarzt Dr. Philipp und seine Wirtshofstern wurden gestern in ihrer Wohnung Wilmstr. 48 in Charlottenburg tot aufgefunden. Wahrscheinlich liegt ein Doppelselbstmord durch Vergiftung vor. — Aus Berlin wird berichtet: Die Ermittlungen im Zusammenhang des Bankfalles Wäthe in S. und A. ergaben, daß sich die Depotunterhaltungen auf 700000 M. belaufen. — In allen Berliner Kartonnagenfabriken ist heute früh die Arbeit nicht aufgenommen worden, so daß die Industrie vollständig lahmgelegt ist. — Boreffern werden in der Charlottenburger Straße in P. et ab ung der für die Stadt dienlichste Broschüre erneuert aufgefunden. Er arbeitete während der Nacht mit einem Arbeiter zusammen, der ihm den Schädel geschnitten und ihn seiner geringen Gehalts betraute. Der Arbeiter wurde verhaftet. — Eine große Feuerbrunst ist in Wollin bei Halle (Sachsen) ausgebrochen. Das Feuer dehnte sich mit großer Schnelligkeit aus. Einziges Leben noch. — In Kantonen hat eine Feuerbrunst 45 große Lager und 18 Sägenwerke zerstört. — Die Anhängerinnen des Frauenstimmrechts veranstalteten gestern früh in Westend (London) eine ähnliche Kundgebung wie am Freitag. Viele Schwarzenbeter bekannter Geschäfte wurden gerufen. Mehrere Frauen wurden verhaftet. — Aus Barock Boreffern W. A. Schlichte wurde gestern in London ein Attentat verübt, bei dem ein Schweißschloß verwendet wurde. Baron Rothschild blieb unverletzt. — In der Duffschiff O. H. J. im Departement Corree brach in der letzten Nacht in einem Gasthof Feuer aus. Die aus sieben Personen bestehende Familie des Wirts kam in den Klammern un. — Ausfolge einer Beschworene sind bei der Bank von Reapel große Hinterhaltungen erwidert worden, die sich auf den Betrag von eine Million M. belaufen. Die Untersuchung hat bisher ergeben, daß an den Untersuchungen mehrere Beamte der Bank beteiligt sind, die fällige Schecks ausgegeben haben.

Neueste Nachrichten.

Berlin, 5. März. Die Berliner Schneidermeister haben beschlossen, sich nicht an der Aussparierung zu beteiligen.

London, 5. März. In den ärmeren Stadtbezirken beginnen die Lebensmittel bereits knapp zu werden. Der Eisenbahnverkehr beginnt allenthalben nachzulassen. Auf der Linie mit Manchester wurde gestern der Bahnverkehr um 700 Züge verringert. Die North-Southam-Linie ließ gestern 500 Züge weniger laufen.

Der Transportarbeiterverband hat beschlossen, sobald das Militär zu ungunsten der streikenden Hohngräber benutzt wird, im ganzen Lande zum Streik zu greifen und die Bergleute auf diese Weise zu unterstützen.

In der Suffragettenoffäre wurden gestern erneut 200 Verhaftungen vorgenommen. Eine Anzahl Rediziner warf unter dem Vorfall des Publikums die Fenster des Suffragettenklubbaues ein.

Peking, 5. März. Der amerikanische Konsul hat infolge der Ereignisse in China 700 Mann Verstärkung von Washington erbeten.

Quittungen.

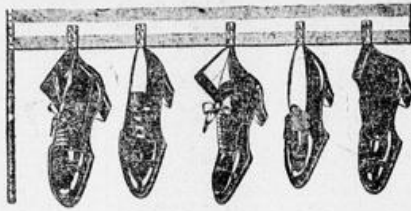
Für den Wahlfonds gingen bei dem Unterzeichneten ein: 215 M., gesammelt auf der Besagtefeier bei S. 250 M., gesammelt auf Rüstungs Besagtefeier am gemischten Sammeltag. Müstringen, 5. März 1912. Fr. Krötel.

Für den Wahlfonds gingen bei dem Unterzeichneten ein: 260 M., gesammelt auf der Hochparade des Arbeiter-Abwehrvereins Wandschütz. Oldenburg, 4. März 1912. Paul Rey.

Wahlfonds. Beitr. der gest. veröffentlichten, vom Arbeiter-Turnverein Jettel gefunden Summe noch es besagen: 5,22 M.

Verantwortliche Redakteure: Für Politik, Revueiten und den übrigen Teil: Josef R. L. H. G. Für Politik: Carl S. L. H. G. Verlag von Paul H. G. W. Wandschütz in Müstringen.

Dieser eine Beilage.



Stiefel

zur Einsegnung

in passenden Formen, aus gutem Leder in überreicher Auswahl zu solidesten, billigen Preisen.



Joh. Holthaus Nachf.

Neue Straße 11. Gökerstraße 14. Wilhelmshav. Straße 30.

Achtung! Achtung!
Seemännische Arbeiter

der Refforts I und VII, sowie der Arbeiter des Schlenfendepots, Strombau und der Verwaltung der Kaiserl. Werft.

Donnerstag den 7. März, abends 6 Uhr:

Öffentl. Versammlung

in Sadewasser's, "Tivoli", Gökerstraße.
Tages-Ordnung.

1. Die Feuerungsanlage der Kaiserl. Werft und ihre Handhabung.
Ref.: Verbandssekretär Paul Küller-Berkin.
2. Freie Ansprache.
Wichtigstes Erscheinen ist dringend notwendig.
Der Einberufer.

Die 15. ordentliche Generalversammlung

der Wilhelmshavener Aktien-Brauerei zu Wilhelmshaven

findet am Sonnabend den 23. März 1912 abends 8 Uhr im Hotel „Burg Hohenjoller“ zu Wilhelmshaven statt.

Tages-Ordnung:

1. Genehmigung der Jahresbilanz.
2. Beschlusfassung über eine Gewinnverteilung und Entlastung der Gesellschaftsorgane.
3. Aufsichtsratswahlen.
4. Wahl von Revisoren für das Geschäftsjahr 1912.
5. Verschiedenes.

Wilhelmshaven, den 24. Februar 1912.

Wilhelmshavener Aktien-Brauerei.

Johann Veper.

Anna Klein

Wilhelmshaven. Schneiderin Veing-Deinrichstr. 6.
Anfertigung von Kleider u. Kostümen, Hülsen, Röden. Modernste Ausführung, tadelloser Sitz, billigste Preise, sorgsamste Verarbeitung. Modernisierungen jeder Art. Größte Auswahl in Stoffen. Lehrlinginnen können sich täglich melden. Gewissenhafte Ausbildung im selbständigen Zuschneiden und Garnieren.

Wie koche ich am sparsamsten?

Zur Beantwortung dieser Frage veranstaltet die **Gasanstalt** in ihren Ausstellungsräumen, Roonstrasse 92, in den Tagen vom 4. bis 6. März cr. je vormittags von 11 bis 1 Uhr und nachmittags von 4 bis 8 Uhr ein

Grosses Schaukochen

bestehend in praktischen Vorführungen im Kochen, Braten und Backen.

Der verblüffend geringe Gasverbrauch kann an den aufgestellten Experimentierherden von jedermann mit Leichtigkeit kontrolliert werden.

Braten von Geflügel, Fischen und allen Fleischarten auf Grillrost. — Kostproben gratis.

Zu diesen interessanten Vorführungen ladet ergebenst ein

Die Direktion der Gasanstalt.

G. Flauder.

Persil
wäscht
bleicht

und
desinfiziert
gleichzeitig!

Bestes selbsttätiges
Waschmittel!
Erprobt u. gelobt!
Erschienen nur in Original-
— Fabrik, niemals sonst. —
HENKEL & Co. DÜSSELDORF.
Allein. Fabr. auch 2. allerbester
Henkels Bleich-Soda

Hübisches Damen-Maschinenstom
zu verkaufen. Sonnlehnstr. 44, 1.

Die Masse muß es bringen!

Nur durch eigene bedeutende Fabrikation sowie durch Verwendung aller unnötigen Zepfen ist es uns möglich, zu den billigsten Preisen noch eine wirklich gute Qualitäts-Zigarre zu liefern. Machen Sie bitte einen Versuch! Sie werden Kunde für die Dauer. Wiederverkäufer erhalten hohen Rabatt.

Albracht & Böging, Zigarren-Fabrik
Verkaufsstelle: Marktstraße 25.

Geschäfts-Öffnung.

Mit dem heutigen Tage eröffne ich in Rüttingen, Zehntenstraße 14, ein

Schuhmacher-Geschäft.

Es wird mein Bestreben sein, nur gutes Material und saubere Arbeit zu liefern und bitte das wertere Publikum von Rüttingen, Wilhelmshaven und Umgegend, mein junges Unternehmen gütlich unterstützen zu wollen.

Hochachtungsvoll

J. H. Siebels, Schuhmacher
Rüttingen, Zehntenstr. 14, u. r.

Deutscher Holzarbeiter-Verein

Zahlstelle
Rüttingen-Wilhelmshaven.
Mittwoch, den 6. März
abends 8 1/2 Uhr:

Beitritt

Vertrauensmänner-Sitzung
bei Witt. Galdewald
Grennstraße 38.

Wegen statutarischer Erhebungen muß jede, auch die kleinste Beitritt, unbedingt vertreten sein.
Die Erüberwältigung.

Quartett-Verein Vorwärts Varel.

Nächste Gesangsstunde am Mittwoch, den 6. d. M., im Hotel Schilling. Alle Mitglieder werden dringend erbeten, sich einzufinden.
Der Vorstand.

Neu! Eröffnet! Neu!

Mit dem heutigen Tage eröffne mein Bart- u. Althandlung-Geschäft Wünnelshav. Straße 49. Bitte die Schaufenster zu beachten.
Chr. Schönwetter.

Damen- u. Kindergarderoben

werden angefertigt.
Frl. Reuter-Straße 28, 1. Et.

Tanz-Unterricht.

Wer gut und schnell tanzen lernen will, besuche den am Montag den 11. März cr. im Aufhäuser beginnenden Tanzkursus für Erwachsene. Unschätzbare Methode, den Tänzer leicht zu erlernen.
Anmeldungen jederzeit in meiner Wohnung oder am 11. März, abends 8 Uhr im Aufhäuser.

P. Schmid, Tanzlehrer
Rüttingen, Marktstraße 37.

Todes-Anzeige.

Während und unerwartet starb nach hochstündigen qualvollen Leiden mein un- vergeßlicher Mann u. meiner drei unruhigen Kinder den folgenden Vater, der Bauhilfsarbeiter

Gerhard Büscher

im blühend. Alter v. 32 Jahr. Dies bringen tiefbetörtet zur Anzeige.
Die trauernde Witwe Lena Büscher, geb. Buss nebst Kindern u. Angeh. Rüttingen, Schmidstr. 4a.
Die Zeit der Beerdigung wird noch mitgeteilt.

Todes-Anzeige.

Am Sonnabend, 2. März, nachmittags 5 Uhr, entschlief sanft und ruhig nach kurzer Krankheit meine liebe unvergeßliche Frau, unsere gute Schwester und Tochter

Riete Linden

im 22. Lebensjahre. Um stillen Beileid bitten
Wilhelmshaven, 5. März.
Gerhard Linden
nebst Angehörigen.
Die Beerdigung findet am Mittwoch den 6. März, nachmittags 2 Uhr, vom Beerdigungshaus aus nach dem Friedhof in Schar statt.

Bürgerverein Neuende.

Nachruf!
Am Donnerstag, den 29. Februar, verstarb unser langjähriges Mitglied, Herr

Rieke Rieken.

Der Verein wird seiner Iets in Ehren gedenken.
Der Vorstand.

apparates, welcher vor einigen Wochen von hier entwendet wurde. Die Arbeiter Hoffmann und Grossbach sollen den Apparat gestohlen und durch Vermittlung des Arbeiters Mühlens an den Händler Meißner verkauft haben. Die letzteren beiden waren in der Anlage der Fabrik beschuldigt, desgleichen der Arbeiter Schöpfer. Während der Verhandlung kam es zu einer Radaufgabe. Der Angeklagte Hoffmann war geständig, wodurch zugleich auch die Schuld des Mitangeklagten Grossbach erwiesen wurde, darüber geriet dieser so in Wut, daß er sich auf Hoffmann stürzte und auf ihn einschlug. Als er von den Gerichtsdienenten zurückgestrichen wurde, schimpfte er in den gemeinsten Ausdrücken auf S. Das Urteil lautete gegen Gr. auf ein Jahr Zuchthaus, gegen H. auf ein Jahr vier Monate Gefängnis und gegen L. wegen Gelehrerei auf eine Woche Gefängnis. S. und H. wurden wegen Mangels an Beweisen freigesprochen. Bei der Urteilsverkündung besam Gr. einen neuen Wutanfall und er ging dabei wieder auf S. los, wurde aber an der Verhütung weiterer Noheiten verhindert.

Wilhelmshaven, 5. März.

Vertagung des Schulbureaus. Das Schulbureau ist vom Rathaus Jodeliusstraße zum Rathaus Biemannstr. 7, Seiteneingang 1. Etage, verlegt worden. Abfertigung in Schulfällen erfolgt nur noch in dem letztgenannten Rathaus.

Privatpakete. An die Befragungen der in Ostafrika befindlichen Schiffe einschl. „Comoran“, an die Befragung des Gouvernements Klaufshou und die Angehörigen des ostafrikanischen Marine-Detachements können zu den bekannten Verwendungsbedingungen Privatpakete kostenfrei verschickt werden, wenn sie mit der Post porto- und bestellgeldfrei bis spätestens zum 6. April bei der Magazinvorwaltung der Kaiserlichen Werft Wilhelmshaven eintreffen. Die Post für die Verladung und Abgabegebühr außerdem bei der annehmenden Postanstalt zu entrichtende Gebühr von 30 Pfg. fällt in diesem Falle fort.

Erkessen hat sich am Montag zum Montag der Torpedobehamlsinstanz Richter. Er gehörte der II. Torpedodivision bezw. der 12. Halbflotille an.

Hand-Verteigerungen. Im Rathaus an der Jodeliusstraße, Zimmer Nr. 2, findet morgen, Mittwoch, vormittags 10 Uhr, eine Verteigerung der auf dem hiesigen Hundbüro abgegebenen und bisher weder von den Besitzern noch Findern abgeholtten Hundhaken statt. Interessenten wollen sich zu dem angegebenen Termine einfinden.

Aus dem Lande.

Änderung des Schulgesetzes.

Dem Landtage ist der Bericht des Vermaltungs-Ausschusses über den „Selbständigen Antrag Schuls“ zugegangen: Mit dem Antrage, den § 8 Abs. 3 des Schulgesetzes dahin zu ändern: „Die Schulpflicht dauert bis zum Beginn der Osterferien des Schuljahres, in dem das Kind sein 14. Lebensjahr vollendet hat“, beabsichtigt der Abgeordnete Schulz eine frühere Beendigung der Schulpflicht als wie nach dem neuen Schulgesetz, wonach als Schulpflichtstichtag der 1. Mai gilt, möglich ist.

Der Antragsteller hat diesen Antrag schriftlich damit begründet, daß der jetzige Zeitpunkt der Schulpflichtung für die Eingehung des Lehrverhältnisses, weßhalb allgemein der 1. April resp. der Tag nach Ostern gilt, sehr hinderlich ist. Die Schulpflichtigen haben sich hierüber fortgesetzt mit zahlreichen Gesuchen um Befreiung zu einem früheren Termin aus der Schule zu befreiben.

Im Auschusse führte der Antragsteller zur weiteren Begründung des Antrages an, daß zwar das Schuljahr auch unter dem früheren Gesetze mit dem 1. Mai endigte; die Schulpflichtigen aber ganz allgemein das Recht der Dispensation vom Tage der Konfirmation an hatten. Dieses Verfahren sei nach dem neuen Gesetze nicht weniger angängig, da nach § 10 Abs. 1 nur noch das Oberhulfskollegium in besonderen Ausnahmefällen nach Anhörung des Schulvorstandes ganz oder teilweise von der Schulpflicht befreien kann. An der Tat habe bereits das Oberhulfskollegium, nachdem im

Der kleine Kerl war ganz in ihrer Gewalt. Sie machte ihm Schenke, sie sagte ihm, wie er sich zu benehmen hatte und schrie ihm seine Kleider vor wie ihrer Schwieger Mädeln, der vertrauten Mitwisserin an ihren nächsten Ausflügen, der sie zum Danke für ihre Verdienste die feinsten Toiletten zurechtgeschneiderte. Denn köstlich sollte auch etwas spüren von dem lustigen Leben, das der tanzen den Rini ein so unglückliches Vergnügen bereite.

Weniger Spaß bot es freilich dem armen Mechaniker in der Dachstube, der sich in den schlaflosen Nächten dümmert als der gefoppte Parfiker vorfam. Nur Rinnis energische Drohung, von den Eltern fortzuziehen und eine eigene, ungehörte Wohnung zu mieten, hatte ihn vermöcht, der leberlichen Person Durchgang durch sein feines Schlagenmach zu gewähren. Jedesmal aber, wenn sie tief in der Nacht glühend nach Hause kam, schmerzte er sich, daß es diesmal das letzte Mal sein sollte, wo sie seine Geduld auf die Probe setzte. Und doch gab er ihr den Schlüssel immer wieder und hoffte leuchtend von der Zukunft.

Ohne daß er es wußte, sollte er plötzlich einen Bundesgenossen gewinnen, der sich energisch für seine Interessen ins Zeug legte.

Der gute Vater Schloßer hatte nämlich aus den immer toller werdenden feinen gefallenen Liebings mit Zierbeit entnommen, daß er damals eine fabelhafte Zummheit begangen hatte, als er Rini die Geirat mit dem Mechaniker misgriet. So, wie sie es jetzt trieb, durfte es nicht mehr weiter gehen. Das Mädchen wechselte ihre Liebhaber wie die Kleider. Den kleinen Studenten löste ein Zeunant ab, diesen ein junger Kaufmann, und einen Abend hatte sie sich sogar wieder mit dem Friseur eingelassen, den dann in angenehmer Abwechslung und Reihenfolge ein Maler vertrieb. Vater Schloßer wollte an den Händen hinaufgehen. In seine hüllende Felle stieg der bekümmerte Luft eines ganzen Vorämterlebens, wenn Rini in den Reichthum trat, und obendrein

Bestehen des neuen Lebens der alte Zustand wieder nach war, als die evangelischen Kinder nach der Konfirmation ohne weiteres vom weiteren Schulbesuch befreit blieben, eine entsprechende Verfügung erlassen, wonach das in der Zukunft nicht mehr zulässig ist.

Ganz allgemein werde dieser ungeschlossene Zustand denn auch, weil nicht praktisch, als unzulässig empfunden, wie das ja auch in einigen zu dieser Sache eingegangenen Petitionen zum Ausdruck kommt.

Die Regierung hat ihre Stellungnahme zum dem Antrage schriftlich eingehend dargelegt.

Tanach beantragt sie, im § 8 des Schulgesetzes für das Herzogtum und im § 6 des Schulgesetzes für die Fürstentümer dem Absatz 3 folgenden zweiten Satz hinzuzufügen: „Erfolgt die Konfirmation oder Kommunion dieser Kinder vorher, so hört mit diesem Zeitpunkt für sie auch die Schulpflicht auf, jedoch nicht eher, als zwei Wochen vor Ostern.“

Die Mehrheit des Ausschusses dagegen ist der Ansicht, daß der Antrag Schulz der richtige sei, da durch ihn einheitlich alle Kinder getroffen und somit dem Volksempfinden und den Verhältnissen am besten und stärksten entprochen werde. Sie stellt den Antrag 3: „Annahme des selbständigen Antrages Schulz und Erledigungserklärung sämtlicher hierzu eingegangener Petitionen.“

Kreuzburg, 5. März.

Eine arge Schlägerei fand in der vorletzten Nacht statt. Zwei hier in Arbeit sitzende Personen, ein Bildhauer und ein Arbeiter, wurden auf dem Heimweg plötzlich überfallen. Beide wurden erheblich am Kopf verletzt. Der Bildhauer konnte sich noch zum Jacobstischen Lokal, wo Ball abgehalten wurde, schleppen. Der andere blieb am Tatort liegen. Es wurde ihm ein Nothverband angelegt und dann zu Dr. Wilfers in Hochborn telephoniert, der die Wunden zunähte. Hoffentlich gelingt es der Polizei, die Täter ausfindig zu machen.

Oldenburg, 5. März.

Zu tausend Mark Geldstrafe undtragung sämtlicher Prozeßkosten wurde vom hiesigen Schöffengericht der Verleger des „Weldenzboten“, Biermann, wegen Beleidigung des Lehrers Jimmen verurteilt. Die Beleidigungen wurden in einem Artikel und in einer Reihe von Briefkastennoten gesunden.

Delmenhorst, 5. März.

Wegen Sittlichkeitsverbrechen an seiner zwölfjährigen Tochter erhielt der Arbeiter und Müller A. vom Landgericht Oldenburg 2 Jahre 6 Monate Zuchthaus. Wir berichteten seinerzeit über die Beschaffung des A., auch, daß das mißbrauchte Kind sich ihrer Mutter anvertraute und dadurch die Sache zur Angelegenheit kam. Nach den gerichtlichen Feststellungen soll das Kind heftlich und förmlich unter den Vorgängen in erheblichem Maße gelitten haben.

Von einem Auto überfahren wurde ein Fuhrmann, der mit seinem Gespanne die Bremer Straße entlang fuhr, in der Nähe des Fuhrrenkamps. Der Mann soll anscheinend nur geringe Verletzungen davongetragen haben.

Jirrus Bauer gibt noch einige Vorstellungen in den „Spiegelblättern“. Von heute ab findet nach der Vorstellung Hypodromreiten statt.

Nordenham, 5. März.

Achtung, Steuerzahler! Die Sebung der Gemeinde- und Kirchen Steuern für die Zeit vom 1. November 1911 bis 30. April 1912 findet an allen Werttagen von 9 Uhr vormittags bis 1 Uhr nachmittags statt. Die Beträge sind möglichst abgeholt bis zum 10. März 1912 in der Stadtkammer einzahlen.

Armenkommissionssitzung. Die nächste Sitzung der Armenkommission findet am Donnerstag den 7. März, nachmittags 5 Uhr beginnend, im Rathaus statt.

Die Mitgliederwahl des sog. Wahlvereins findet am Donnerstag den 7. März und nicht, wie in der Commisognummer bekannt gemacht ist, am 9. März statt.

konnte er wohl merken, wie die Kleine immer frecher wurde.

Künftig hatte er ihr in seiner Verzweiflung wieder gedraht, sie von dannen zu weisen, wenn sie den jändigen Lebensmangel fortsetzte, aber sie hatte seine Drohung mit einem immertinenten Lächeln beantwortet und mit den Lippen geschmakt, daß es fast wie ein Kuß geklungen hatte. Oh, sie sollte nur nicht zu viel auf seine Rücksicht bauen!

Unter furchtbaren Drohungen befohl er ihr, das schamlose Spiel mit dem Mechaniker einzustellen, den Schlüssel zurückzugeben und den braven Mann zu heiraten. (Fortsetzung folgt.)

Kleines Feuilleton.

Ueber die Dilettanten-Ausbeutung.

Wir lesen im „Kunstwart“: Herr Dr. jur. Kurt Wolff in Dresden hat an die Firma G. Hierons Verlag, Inhaber Richard Kinde, k. u. f. Hofbuchbinder in Dresden, den folgenden Brief geschickt, um einmal festzustellen, ob an dem Gerücht über Dilettanten-Ausbeutung seitens gewisser Firmen was Wahres sei:

„Anstehend ein Gedicht. Habe ein Band Gedichte geschrieben. Sind sehr schön. Mein Freund findet sehr gut. Bitte mir zu schreiben, ob Sie meine Gedichte drucken wollen, und was kostet es? Mit al-ler Hochachtung Volt R. Wolf Droßig Dresden, Ernststr. 3 — Senden anbei Rückporto. Bitte mir gleich höflich schreiben, ob ich Dichter bin und 20 Gedichte von mir drucken wollen. Höre, daß auch 1. Dichtern helfen. Will gern alles event. wollen, was Sie kostet (bis gepart 500—600 Mk. mer nicht), muß aber in Zeitung stehen, daß von mir ist.“

Das diesjährige Musterungs-Geschäft für den Kreisbezirk bezirk Aufzählungen findet in Rausfens Gasthause „Union“ statt und zwar: am 13. März, vormittags 9½ Uhr beginnend, für alle Militärfähigen der Stadtgemeinde Nordenham, am 14. März, vormittags 9½ Uhr beginnend, für alle Militärfähigen aus 47 Gemeinden Ranonwarden, Wadden, Edwarden und Vorkube, am 15. März, vormittags 9½ Uhr beginnend, für alle Militärfähigen aus den Gemeinden Bieren und Abbebauhen und am 16. März, vormittags 9½ Uhr beginnend, für alle Militärfähigen aus den Gemeinden Lohsen, Genshamm, Seefeld und Stollhamm.

Unfällefall. Der Fischdampfer „Zehmsing“ der Deutschen Dampfschifferei-Gesellschaft „Nordsee“ brachte die traurige Kunde, daß auf der Höhe von Island ein Mann der Belogung in einem Anfall von Delirium über Bord gesprungen und ertrunken sei. Innerhalb weniger Wochen ist dies der vierte Unfällefall unter der Belogung der Fischdampfer. Nachdem kürzlich der zweite Nachmittags des Dampfers „Redar“ im hiesigen Fischereihafen nach einer Abfischbedeude vom Pier ins Wasser fiel und tödlich verunglückte, wurden bald darauf zwei Matrosen eines anderen Dampfers in der Nordsee von einer Sturzsee über Bord gewälzt. Beide kamen in den Wellen um, da ihr schwaches Verwunden nicht gleich bemerkt worden war.

Vingum, 5. März.

Verlegen der elektrischen Beleuchtung. Voreilern Abend um 1/8 Uhr war Vingum in tiefstem Dunkel gehüllt: in der elektrischen Leitung war durch den furchtbaren Sturm, der um diese Zeit wüthete, Kurzschluß entstanden, die Drähte berührten sich und eine hohe Feuerzunge schoß gen Himmel. Auf der Höhe des Herrn Defonomiers P. Pochhoff brannte die Dachbedeckung eines großen Säuwens, auf den die Drähte der Leitung gefallen waren. Der Brand wurde aber bald gelöscht und so ein größeres Unglück verhindert. Die alten Petroleumlampen waren zum Glück noch vorhanden und durch ihre Hilfe wurde es dann allmählich wieder Licht.

Kleine Mitteilungen aus dem Lande. In der Schüttungstraße in Barel entstand vorgestern Abend spät unter jungen Leuten ein Streit, bei dem es blutige Risse legte. Polizei und Nachwächter schritten ein und griffen die Streitenden. — In Sode l war der Wähler Riedel Stelle beschäftigt, aus einer Kiesgrube Kies zu fahren, als plötzlich die Erde vor einer herabstürzenden Riesenschicht brach und durchgingen. Der Riedel geriet unter das Gelpann und wurde auf der Stelle totgefunden. — Auf der Ems unweit Hahum ist letzte Nacht ein mit 200 Tons Kohlen beladener Kahn gesunken; die Mannschaft konnte sich in eigenen Boote retten. — Ein bei dem Kanowirt Ohling in Diderichs erkrankter Mann wurde letzte Nacht seinem Leben durch Erhängen ein Ende. Was die Unglücksfälle in den Tod getrieben, darüber verlautet noch nichts Bestimmtes. — Am Freitag Abend entgleiste auf der Station Gryphone ein mit Vieh beladener Wagen, der von Obersturm nach Weener bestimmt war. Der entstandene Materialschaden ist nicht erheblich. — Durch Vermittlung einer Emdener Firma wurde kürzlich in der Umgebung von einem auswärtigen Hühnerzüchter ein Ausverkauf von 1000 Hühnern zum enormen Preis von 50000 Mk. nach England verkauft wurde. — Das Kind eines Eisenbahnbeamten war in der Nähe des Treibfahrweges in Woltshufen in einen tiefen Graben gestürzt und wohl sicher ertrunken, wenn nicht die Nachbarn zur rechten Zeiten hinzugekommen wären.

Aus aller Welt.

Massenkrankungen in der Kaiserne. Nachdem erst jüngst eine große Anzahl Mannschaften der Unteroffizierschule in Potsdam am Genuß nicht einwandfreien Fleisches erkrankt sind, kommt jetzt aus Mainz die Nachricht, daß bei einem dortigen Infanterieregiment 79 Mann in das Lazarett gebracht werden mußten, weil bei ihnen Vergiftungserscheinungen sich zeigten. Man führt die Ursache auf den Genuß von Seefischen zurück. — In allen diesen Fällen ist es einigermassen merkwürdig, daß die Aufstichsperionen in der Regel nicht erkrankten, obwohl sie verpflichtet sind, die Mannschafsstoff zu versuchen, wie sie an die Mannschosten verabreicht wird. Die Aufstichsinstanzen würden sich tun, einmal nachzuprüfen, ob die Vorgefekten auch in der entsprechenden Weise sich von der Güte des Essens vorher überzeuht haben.

Das ist mein bestes.

Die Quelle.
Die Quelle durch die Wälder geht
Und durch die Täler leife
Rein Herz ist warm und geht
Dinauf, hinab.
Die Quelle durch die Wälder geht
Die Hümmeln sind gepostet
Ach könnt ich immer am Ufer gehn
Dinauf, hinab.
Die Quelle durch die Wälder geht
Die Sterne scheinen
Es wird Nacht und die Sonne geht
Dinauf, hinab.

Dresden im Mai.

Darauf erhielt der Einsender die folgende Antwort: „Sehr geehrter Herr! Ihre Gedichtproben haben mir mit lebhaftem Interesse gelesen, sie sind recht stimmungs- voll und zeigen ein poetisches Talent, wenn auch die Form manchmal nicht ganz tadellos ist. Jedenfalls sind die Gedichte, die wir von unterm literarischen Mitarbeiter etwas durchsehen lassen würden, einer Veröffentlichung wert und wir wären gern bereit, die Sammlung zu drucken und herauszugeben. Freilich müßten Sie die Kosten tragen, denn ein genügender Absatz ist nicht sicher, solange ein Dichter noch nicht bekannt ist. Wir bitten nun, uns sämtliche Gedichte einzugehen, damit wir ihnen das Nähere mitteilen können. Hochachtungsvoll u. ergebenst G. Hierons Verlag.“

Später mahnte die Firma, sie hätte noch keine Nachricht und hätte, die Gedichte nun gefälligst einzusenden. Mit dem Laden über diesen Briefwechsel scheint es nicht getan, wenn man bedenkt, daß sich dem Bierjungen Verlag, Inhaber k. u. f. Hofbuchbinder Kinde, Dresden, ein armer Kerul von „Droßig“ anbietet schien, der sich bereit erklärte, seine vor Erwaunisse zu sperren. Hier schien es so in wie vielen Fällen ist es, wo uns nachher Dilettanten-Lyrik gedruckt vorgelegt wird? —

